

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 281 | 49. Woche | 76. Jahrgang | E 4504 A

Donnerstag, 3. Dezember 2020

2,20 €



Wintersport in den Alpenländern

Streit über den Ski-Lockdown

Aus für den Traum vom Skiurlaub in Österreich: Es gelten strenge Quarantäneregeln. Italien, Frankreich und Deutschland wollen europaweite Regeln, doch die Schweiz stellt sich quer. Es geht um viel Geld. SEITEN 2, 16

Corona verdirbt den Pistenspaß



Die Schweiz bleibt einzige Oase fürs Skifahren. Ob es heuer sinnvoll ist, wäre zu bezweifeln. Von Armin Käfer

Skifahren ist in dieser Saison besonders teuer, schwierig und riskanter als sonst. Das hat nichts mit den Schneeverhältnissen zu tun, sondern mit Corona und der sehr unterschiedlichen Pandemiepolitik in Europa. Wer auf den Pistenspaß partout nicht verzichten will, dem bleibt vorerst nur die Schweiz. Die Eidgenossen wollen sich von den Nachbarn Deutschland, Frankreich und Italien den Wintertourismus nicht vermiesen lassen. Österreich lässt den Pistenbetrieb von Weihnachten an zwar wieder zu, sperrt Skitouristen aus dem Ausland aber mittels verschärfter Quarantäneregeln aus. Der Streit übers Skifahren in pandemischen Zeiten entzweit Europa.

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel dringt auf einen europaweiten Pisten-Lockdown, solange Corona nicht unter Kontrolle ist. Ihre Politik der Vorsicht ist in dieser Frage keineswegs hysterisch, wie gleichlautende Appelle aus München, Rom und Paris zeigen. Für die Alpenländer würde ein Verzicht auf den Skibetrieb jedoch einen immensen wirtschaftlichen Schaden bedeuten. Für Österreich ist das Geschäft mit dem Schnee so wichtig wie für uns die Automobilindustrie. Die Schweiz orientiert sich mit ihrer Pandemiepolitik ohnehin eher am schwedischen Modell als an der restriktiven Linie Merkels. Zudem herrscht dort eine Allergie gegen Vorgaben aus dem EU-Ausland.

Die Infektionsrisiken beim Skifahren selbst sind tatsächlich gering. Sport an der frischen Luft ist im Grunde eher zu empfehlen. Das Problem liegt bei den Begleitumständen. Die Corona-Krise hat in Europa schließlich vor allem mit dem Skitourismus begonnen. Nun mögen die Befürworter liberaler Pistenverhältnisse versichern, die Wintersportorte hätten ihre Lehren aus Ischgl gezogen. Après-Ski soll auch in der Schweiz nur in begrenztem Maße möglich sein, in der Gastronomie gelten besondere Hygienevorschriften. Aber sind volle Seilbahngondeln, Gedränge an den Liften, spontane Partys im Schnee und ein Massenansturm in den begehrten Skigebieten zu unterbinden?

Je weniger Lifte in Betrieb sind, umso größer wird der Ansturm dort sein. Daraus erwachsen pandemische Risiken. Merkel warnt bereits vor einer dritten Corona-Welle im Winter – befeuert von Weihnachtsfeiern, Silvesterpartys und fahrlässigen Skitouristen. Wie wenig sich die Eigendynamik solcher Vergnügungen unter Kontrolle halten lässt, war im Sommer schon an den Stränden und auf den Promenaden am Mittelmeer zu besichtigen. Auch die Tourismusindustrie auf den Balearen und in vergleichbaren Orten hatte darauf gehofft, dass ihre Kundschaft sich schon vernünftig verhalten werde – musste aber zeitweise wieder schließen, weil es dann doch anders kam.

Vernünftiges Verhalten würde in solchen Zeiten einen Verzicht auf alle nicht unbedingt notwendigen Kontakte gebieten. Ist Skifahren unbedingt notwendig? Die Spaßverderber heißen nicht Merkel, Söder, Macron oder Conte, sondern Corona und Sars-Cov-2. Frankreich hat verschärfte Grenzkontrollen angekündigt, um den Skitourismus in die Schweiz einzudämmen. Bayern unterwirft auch Tagesausflügler einer Quarantänepflicht. Sofern das auch entsprechend kontrolliert wird, käme es einem Skifahrverbot gleich. Vor die gleiche Frage wird Baden-Württemberg gestellt sein.

Für passionierte Skifahrer bedeutet das einen Winter des Missvergnügens. Vergnügen ist aber kein Kriterium verantwortlicher Politik, zumal existenzielle Interessen dem entgegenstehen. Außerdem muss der Pistenbann ja nicht zwangsläufig bis zur Schneeschmelze gelten. Bei entsprechender Disziplin ließe sich die Infektionsdynamik schneller bändigen. Daraus könnte die Chance erwachsen für schöne Abfahrten in der Frühlingssonne.

Corona-Bekämpfung

In Sindelfingen und Mönshheim sind Impfzentren geplant SEITE 1

Lärmschutz

In den Durchgangsstraßen von Weil der Stadt soll Tempo 30 gelten SEITE III

Baumfrevel

Profiler analysiert: Wer ist der Täter mit der Kettensäge? SEITE IV

Großbritannien lässt Impfstoff zu

Großbritannien hat den Weg frei gemacht für Impfungen mit dem Corona-Impfstoff des US-Pharmakonzerns Pfizer und seines deutschen Partners Biontech. Die Behörden erteilten am Mittwoch eine Notfallzulassung. Der Impfstoff stehe ab kommenden Woche zur Verfügung, teilte das Gesundheitsministerium mit. Premier Boris Johnson sprach von „fantastischen Nachrichten“. Aus der EU kam Kritik am Vorpreschen Großbritanniens. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte, Deutschland habe sich für einen längeren Zulassungsprozess entschieden, da er das Vertrauen in einen Impfstoff stärke. AFP/rtr - Hintergrund und Kommentar SEITE 4

Bürger bemängeln marodes Verkehrsnetz

Bei einer Umfrage in Baden-Württemberg beklagt eine Mehrheit, es werde zu wenig ins Straßennetz investiert. Von Christoph Link

Laut einer Umfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg ist eine Mehrheit der Befragten (64 Prozent) der Ansicht, dass im Südwesten in den vergangenen Jahren zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investiert worden ist. Damit ist der Anteil der mit dem Zustand von Straßen, Brücken und anderen Verkehrsbauwerken Unzufriedenen im Vergleich zu 2015 leicht gestiegen. In der Umfrage war die Einstellung der Bürger zu den verkehrspolitischen Herausforderungen in Zeiten des Klimawandels abgefragt worden – gerade vor dem Hintergrund einer seit neun Jahren von den Grünen geführten Landesregierung.

In der Reihe der drängendsten Probleme werden zuerst die hohen Preise für den ÖPNV genannt (52 Prozent), gefolgt von drei „Autothemen“: zu viele Staus (50), schlechter Zustand der Straßen (45) und zu wenig Parkplätze in Innenstädten (43). Erst an zehnter Stelle wird der „schlechte Zustand des Schienennetzes“ genannt, von 17 Prozent der Befragten. Die Demoskopen weisen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Stadt- und Landbevölkerung hin: Großstädter nehmen die Ticketpreise für den ÖPNV sowie die Staus als Problem wahr, Bewohner ländlicher Regionen ärgern sich überproportional oft über schlechte Verkehrsverbindungen.

Was die künftige Verkehrspolitik angeht, war das Meinungsbild gespalten: Gefragt, ob man mehr ins Straßennetz oder in den ÖPNV investieren solle, sagen 56 Prozent, der Ausbau müsse in beiden Sektoren gleichermaßen erfolgen, 23 Prozent sind für mehr Busse und Bahnen und 17 Prozent für den Straßenbau.

Beim eigenen Verhalten der Bürger sind die Beharrungskräfte offensichtlich noch groß: Eine Mehrheit (68 Prozent) der Befragten, die regelmäßig mit dem Auto unterwegs sind, sieht im ÖPNV „keine ernsthafte Alternative“ und schließt einen Umstieg aus. Auch bei E-Autos fehlt noch Akzeptanz. „Obwohl eine Mehrheit überzeugt ist, dass der Elektromobilität die Zukunft gehört, fehlt es ihr an breitem Rückhalt in der Bevölkerung“, heißt es. Nur 33 Prozent könnten sich einen Kauf „in den nächsten Jahren vorstellen“.

Auffällig ist, dass Lieblingsthemen von Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) bei den Bürgern kaum eine Rolle spielen: Einen Mangel an Radwegen empfindet nur jeder Vierte, Carsharing-Angebote fehlen nur jedem Zehnten. Immerhin lehnen nur 34 Prozent ein Tempolimit auf Autobahnen strikt ab. Dem Bauprojekt Stuttgart 21 stehen vier von zehn Baden-Württembergern kritisch gegenüber, nur gut jeder Vierte befürwortet es. - Ärger über Staus und teure Bahntickets SEITE 6



Land will Reform der Altersvorsorge

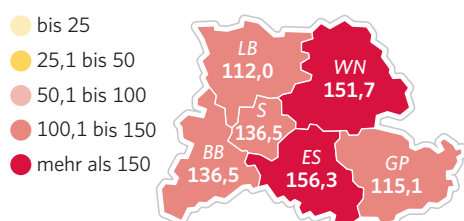
Die Landesregierung will Bewegung in die festgefahrene Debatte über eine Reform der ergänzenden Altersvorsorge bringen. Noch vor der Landtagswahl im März werde Baden-Württemberg über den Bundesrat die Bundesregierung auffordern, die Voraussetzungen für ein „kostengünstiges, sicheres, transparentes und leistungsstarkes staatlich organisiertes Standardprodukt“ für den Aufbau einer Zusatzrente zu schaffen, erklärte das Verbraucherschutzministerium. „Zahlreiche Angebote zur privaten Altersvorsorge sind am Markt, aber viele sind zu komplex, die Renditen zu gering oder die Kosten zu hoch“, kritisierte Minister Peter Hauk (CDU). bsa - Früh an die Altersvorsorge denken SEITE 10

Haftstrafe für Willi Balz

Im Strafprozess um die Insolvenz des Windpark-Entwicklers Windreich ist Firmengründer Willi Balz zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. SEITE 4

VERBREITUNG DER INFEKTION

Neuinfizierte (7 Tage) in der Region je 100 000 Einwohner



Neuinfektionen (mittlerer Tageswert 25.11. - 1.12. verglichen mit der Woche davor)

17 632 (-3%) 2263 (-1%)

Verstorbene (mittlerer Tageswert 25.11. - 1.12.)

336 (+31%) 42 (+48%)

Grafik: Zapletal Quelle: RKI, LGA Stuttgart, Stand 2.12., 18 Uhr

Wetter SEITE 18



Börse SEITEN 13, 14

Dax 13 313,24 Punkte (- 0,52 %) Dow Jones 29 884,78 Punkte (+ 0,20 %) Euro 1,2066 Dollar (Vortag: 1,1968)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Restaurants und Theater bleiben noch länger zu

Bund und Länder dehnen den Teil-Lockdown bis zum 10. Januar aus. Die Finanzhilfe wird ab Neujahr geringer sein. Von Christopher Ziedler

Bars, Kneipen, Lokale und Hotels werden nicht vor dem 10. Januar öffnen dürfen. Darauf haben sich die Ministerpräsidenten der Länder am Mittwochabend in Beratungen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verständigt. Bisher war nur vage die Rede davon gewesen, dass die seit Anfang November geltenden Corona-Auflagen bis Anfang Januar gelten sollten.

Merkel begründete die Verlängerung mit den anhaltend hohen Infektionszahlen. Deutschland sei noch „sehr weit entfernt“ von den Zielwerten, sagte sie. Ange-

strebt werden höchstens 50 Neuansteckungen pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen. Zudem sei eine hohe Zahl von Todesopfern zu beklagen – das Robert-Koch-Institut hatte am Vormittag mit 487 die bisher höchste Zahl von Covid-19-Opfern binnen 24 Stunden gemeldet.

In ihren Corona-Verordnungen können die Länder das neue Datum noch nicht verankern, weil das kürzlich beschlossene Infektionsschutzgesetz eine maximale Dauer von vier Wochen für freiheitsbeschränkende Maßnahmen vorsieht. Insofern handelt es sich bei dem Beschluss

vom Mittwoch um einen politischen Beschluss, der später umgesetzt werden soll.

Wie zuletzt angekündigt will die Bundesregierung der Gastronomie anders als für das entgangene November- und Dezembergeschäft im neuen Jahr nicht mehr 75 Prozent vom Umsatz des Vorjahresmonats erstatten. Damit hätten Wirte und Hoteliers in den ersten zehn Januar Tagen nur Anspruch auf die allen Unternehmen zustehende Überbrückungshilfe.

Wie es im Anschluss weitergeht, wollen Merkel und die Länderchefs abhängig vom Infektionsgeschehen in einer weiteren Videokonferenz am 4. Januar beschließen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte, es könne sein, dass man dann besser „kürzer konsequent als länger halbkonsequent“ handeln müsse.

Luff



Schnellstart